

Niederschrift

**über die Sitzung des
Sitzungskennziffer:** **Hauptausschusses
XVI / 19**
Tag der Sitzung: **Dienstag, 15.02.2011**

Sitzung Rathaus, Ratssaal

Dauer der Sitzung: 18:00 Uhr bis 18.52 Uhr
Unterbrechungen: keine
Anwesende: sh. beiliegende Anwesenheitsliste Anlage 1

Vorsitz: Bürgermeister Ferdi Gatzweiler
Schriftführerin: Edith Janus-Braun



Tagesordnung:

a) Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Gatzweiler eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses. Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die Vertreter der Verwaltung.

Sodann stellt er die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

b) Feststellung der form- und fristgerechten Ladung sowie Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Stolberg (Rhld.)

Er stellt weiter fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht erfolgte und die Öffentlichkeit in geeigneter Weise gem. § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Stolberg (Rhld.) über Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung unterrichtet wurde.

c) Beschlussfassung über die Tagesordnung:

Die Tagesordnung wurde ohne Änderungen vom Hauptausschuss einstimmig wie folgt beschlossen:

A) Öffentliche Sitzung:

1. Beratung über die Weiterbehandlung von Anträgen:

- a) Antrag der SPD-Fraktion vom 05.01.2011:
hier: Winterdienst

- b) Antrag der CDU-Fraktion vom 06.01.2011:
hier: Austausch VZ 205 gegen VZ 206 im Bereich Zweifaller Straße / Aachener Straße / Steinweg
 - c) Antrag der CDU-Fraktion vom 09.01.2011:
hier: Erarbeitung Stadtentwicklungskonzept in Anlehnung an das Aachener Projekt "Aachen 2030"
 - d) Antrag der SPD-Fraktion vom 17.01.2011:
hier: Versetzung Absturzsicherung im Bereich Josef-von-Görres-Straße
 - e) Antrag der Fraktion Die LINKE vom 19.01.2011;
hier: Kostenloses Parken an Samstagen in der gesamten Innenstadt
 - f) Antrag der Fraktion Die LINKE vom 19.01.2011;
hier: Entwickeln eines Dienste übergreifenden Aktionsplanes für besonders heftige Wintereinbrüche
2. Teil- und unrentierliche Investitionen 2011
 3. Seniorenwohn- und Sozialzentrum Betriebsführungs-Gesellschaft mbH;
hier: Betriebskostenzuschuss für das Jahr 2010
 4. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen

B) Nichtöffentliche Sitzung:

1. Verkauf eines Baugrundstückes Duffenterstraße
2. Erwerb eines Grundstückes B-Plan 148
3. Leitungsrecht Steinbachshochwald
4. Verkauf einer Straßensplissparzelle im Bereich Amaliastraße
5. Verkauf eines Grundstückes Geranienweg
6. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen

A) Öffentliche Sitzung:

1. Beratung über die Weiterbehandlung von Anträgen:
 - a) Antrag der SPD-Fraktion vom 05.01.2011:
hier: Winterdienst

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist den Antrag der SPD-Fraktion vom 05.01.2011 einmütig zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung.

- b) Antrag der CDU-Fraktion vom 06.01.2011:
hier: Austausch VZ 205 gegen VZ 206 im Bereich Zweifaller Straße / Aachener Straße / Steinweg

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist den Antrag der CDU-Fraktion vom 06.01.2011 einmütig zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung.

- c) Antrag der CDU-Fraktion vom 09.01.2011:
hier: Erarbeitung Stadtentwicklungskonzept in Anlehnung an das Aachener Projekt "Aachen 2030"

Für die SPD-Fraktion trägt deren Vorsitzender Wolf den Antrag der CDU-Fraktion mit. Der Antragstext könne jedoch zu Missverständnissen führen. Daher lege er Wert auf die Feststellung, dass mit diesem Antrag in Stolberg keineswegs die städtebauliche Stunde "Null" eingeläutet werde. Vielmehr seien von der Koalition in den letzten Jahren mit dem Innenstadtkonzept, der Sanierung der Ortskerne Büsbach und Mausbach, den Verkehrskonzepten Ost und West sowie dem Schulentwicklungsplan etliche Bausteine auf den Weg gebracht worden. Die unbestritten notwendige Neuaufstellung des FNP schlage bekanntermaßen mit rd. 200. bis 300.000,- € zu Buche und werde durch die Finanzlage der Stadt nicht begünstigt. Die diesbezügliche Problematik sei seit Jahren bekannt. Er richtet an die Opposition den eindringlichen Appell, finanzielle Auswirkungen bei bereits angelassenen Konzepten zukünftig mitzutragen. Dies sei in der Vergangenheit bei weitem nicht immer der Fall gewesen.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Grüttemeier stellt heraus, dass der vorliegende Antrag ein Zeichen setzen wolle, endlich mit dem "Klein Klein" aufzuhören. Seine Fraktion habe keineswegs die "städtebauliche Stunde Null" entdeckt. Der Antrag wolle Ideen geben, die hoffentlich von allen im Rat vertretenen Fraktionen zukunftsorientiert für Stolberg mitgetragen würden. Bei der schwierigen Lage Stolbergs gelte es, dass alle Fraktionen an einem Strang zögen. Dies habe er auch damit verdeutlicht wollen, dass er den Antrag bereits im Vorfeld zur Hauptausschusssitzung an die Fraktionen weitergeleitet habe.

Der LINKEN-Fraktionsvorsitzende Prußeit unterstützt den CDU-Antrag und sieht in der vorgeschlagenen Bündelung einen zukunftsorientierten Fahrplan für Stolberg auf den Weg gebracht.

Alsdann lässt BM Gatzweiler über die Verweisung des Antrages an die Verwaltung abstimmen:

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist den Antrag der CDU-Fraktion vom 09.01.2011 einmütig zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung.

- d) Antrag der SPD-Fraktion vom 17.01.2011:
hier: Versetzung Absturzsicherung im Bereich Josef-von-Görres-Straße

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist den Antrag der SPD-Fraktion vom 17.01.2011 einmütig zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung.

- e) Antrag der Fraktion Die LINKE vom 19.01.2011;
hier: Kostenloses Parken an Samstagen in der gesamten Innenstadt

Für die Fraktion Die LINKE erläutert deren Vorsitzender Prußert den Antrag mit dem Hinweis, dass Einnahmeverluste durch die wirtschaftlichen Vorteile kompensiert würden. Den Ausführungen schließt sich der CDU-Fraktionsvorsitzende Grüttemeier in Anlehnung eines ähnlichen lautenden Antrages seiner Fraktion aus dem Jahr 2010 an. Für die SPD-Fraktion erkennt Ratsfrau Nießen sehrwohl die Sinnhaftigkeit des Antrages, der in der Vergangenheit von den unterschiedlichsten Fraktionen mit gleicher Zielsetzung thematisiert wurde. Sie bittet den Bürgermeister, die formale Position darzulegen.

I. Beig. und Städtkämmerer Dr. Zimdars erinnert an seine Vorlage zur drohenden Überschuldung aus dem Jahr 2010. Formal verzichte die Stadt bei Stattgabe des Antrages auf Einnahmen, was haushaltsrechtlich unzulässig sei.

BM Gatzweiler ergänzt, dass er eine diesbezügliche Beschlussfassung beanstanden müsse und werde.

In der sich daran nochmals anschließenden Diskussion wirbt der CDU-Fraktionsvorsitzende Grüttemeier darum, dass der Bürgermeister den Antrag vor dem Hintergrund der Wirtschaftsförderung im Vorfeld mit der Kommunalaufsicht der StädteRegion und der Bezirksregierung erörtern möge. Der Antrag solle heute vertagt werden. Er erhebt diese Anregung zum Antrag.

Sowohl der FDP-Fraktionsvorsitzende Engelhardt als auch die Fraktionsvorsitzende der Grünen Küpper lehnen die Vertagung und die Verweisung des Antrages ab.

Sodann steigt BM Gatzweiler in die Beschlussfassung ein und lässt zunächst über den Vertagungsantrag abstimmen:

Beschluss:

Der Hauptausschuss lehnt den Auftrag an die Verwaltung, den Sachverhalt zunächst bei der Kommunalaufsicht der StädteRegion/Bezirksregierung zu erörtern und den Antrag der Fraktion Die LINKE auf die nächste Sitzung des Hauptausschusses zu vertagen mit 9 Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne) gegen 7 Stimmen (CDU, LINKE) ab.

Damit ist der Antrag auf Vertagung abgelehnt.

Im Anschluss daran lässt BM Gatzweiler über die Verweisung des Antrages der Fraktion Die LINKE an die Verwaltung abstimmen:

Beschluss:

Der Hauptausschuss lehnt die Verweisung des Antrages der Fraktion Die LINKE vom 19.01.2011 zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung mit 9 Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne) gegen 7 Stimmen (CDU, LINKE) ab.

- f) Antrag der Fraktion Die LINKE vom 19.01.2011;
hier: Entwickeln eines Dienste übergreifenden Aktionsplanes für besonders heftige Wintereinbrüche

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist den Antrag der Fraktion Die LINKE vom 19.01.2011 einmütig zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung.

2. Teil- und unrentierliche Investitionen 2011

Auf Nachfrage erläutert I. Beig. und Stadtkämmerer Dr. Zimdars, dass die Inanspruchnahme der Schulpauschale als allgemeines Deckungsmittel zulässig sei. Im Laufe des Jahres würden für den Schulbereich mehr Ausgaben geleistet, als mit der Pauschale vereinnahmt würden.

Beschluss:

Gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW beschließt der Hauptausschuss einstimmig:

- 1) **Die Entscheidung der Kommunalaufsicht vom 03.02.2011 wird zur Kenntnis genommen.**
- 2) **Die in der Vorlage aufgeführten Investitionen werden durchgeführt.**

Dieser Beschluss ist dem Rat in seiner nächsten Sitzung zur Genehmigung vorzulegen.

3. Seniorenwohn- und Sozialzentrum Betriebsführungs-Gesellschaft mbH; hier: Betriebskostenzuschuss für das Jahr 2010

Der Inhalt der Vorlage wurde im Ausschuss kontrovers diskutiert. Da die Stadt aufgrund des Gesellschaftervertrages Unterdeckungen bis zu einem Betrag von rd. 154.000,- € jährlich tragen müsse, unterstützen alle im Hauptausschuss vertretenen Fraktionen den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Aus der vorangegangenen Diskussion kann festgehalten werden, dass die in der Verwaltungsvorlage gewählte Formulierung "...um die drohende Insolvenz zu vermeiden" als faktisch falsch und unglücklich gewählt herausgestellt wurde.

Bürgermeister Gatzweiler führt aus, dass die Presseberichterstattung zu erheblichen Irritationen unter den Bewohnern der Einrichtung, deren Angehörigen und Teilen der Bevölkerung geführt habe. Diese gelte es zukünftig im Sinne der Einrichtung und ihrer Bewohner zu vermeiden. Hierzu erklärten sich alle Fraktionen bereit und folgten dem Vorschlag des Bürgermeisters einmütig, einen Arbeitskreis mit jeweils einem Vertreter aus jeder Fraktion einzurichten. Bevor entsprechende Vorlagen in die Gremien gegeben würden, sichert BM Gatzweiler zu, gegenüber den Mitgliedern des Arbeitskreises seiner Informationspflicht als Gesellschafter umfänglich nachzukommen. Damit solle eine weitere Verunsicherung der Bewohner, deren Angehörige unterbunden und die Auslastung der renommierten Einrichtung weiterhin gewährleistet werden.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Grüttemeier kündigt in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses an, dass er dem APB in der Sitzung am 17.02.2011 den Prüfauftrag erteilen werde, das Seniorenzentrum zu untersuchen (Ergebnis Vorjahre, 98%ige Auslastung, u.U. Verstöße gegen GmbH-Gesetz...).

Alsdann lässt BM Gatzweiler über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen:

Beschluss:

- 1) **Der Hauptausschuss beschließt einstimmig, zum Ausgleich des voraussichtlichen Defizits für das Jahr 2010 notwendige Mittel in Höhe von 50.000,- € bereitzustellen und der Seniorenwohn- und Sozialzentrum Betriebsführungs-GmbH einen Betriebskostenzuschuss in gleicher Höhe für das Jahr 2010 als Vorabzahlung vor tatsächlicher Feststellung des Jahresabschlusses ausbezahlen.**
- 2) **Sofern der Jahresabschluss 2010 zu einem anderen Ergebnis kommt, behält sich die Stadt Stolberg die Rückforderung zu viel gezahlter Zuschüsse vor.**
- 3) **Der Hauptausschuss beschließt weiter einstimmig, aus jeder Fraktion einen Vertreter für den neu einzurichtenden Arbeitskreis zu benennen, der sich voraussichtlich nach Karneval konstituieren wird.**
- 4) Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates; Mitteilungen
 - 4.1 Der CDU-Fraktionsvorsitzende Grüttemeier bemängelt, dass der städtische Internetauftritt bezogen auf die Darstellung der Rats- und Ausschussarbeit nicht auf dem aktuellen Stand sei.

B) Nichtöffentliche Sitzung:

.....

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Herr Bürgermeister Gatzweiler die Sitzung um 18.52 Uhr.

Ferdi Gatzweiler
Bürgermeister

Edith Janus-Braun
Schriftführerin

Der Niederschrift sind folgende Anlagen beigefügt:
Anlage 1) Anwesenheitsliste